



Georg Kofler

Chapeau! Der Hut brennt.

Handlungsbedarf. Während sich in Österreich ein aus steuerlegistischer Sicht eher ruhiges Jahr dem Ende zu neigt, dominiert das Thema der Schuldenkrise zu Recht sämtliche politischen Diskussionen über eine Reform der Staatsfinanzen. An steuerpolitischen Vorschlägen zur einnahmeseitigen Sanierung mangelt es wahrlich nicht. Auch der akute ausgabenseitige Handlungsbedarf dürfe unbestritten sein. Zuletzt hat die Diskussion um eine „Schuldenbremse“ die Tagesmedien beherrscht, besteht doch auch angesichts eines laufenden Vertragsverletzungsverfahrens die europarechtliche Notwendigkeit, das strukturelle Defizit, also die um den Effekt von Konjunkturschwankungen bereinigte Neuverschuldung des Staates, jedes Jahr um 0,75% des BIP zu verringern, bis das Defizit unter die Maastricht-Grenze von 3% gerückt ist.

Wachstumsfreundliche Steuerpolitik. Schwierig ist es freilich, eine Balance zwischen Sparen, Besteuerung und Wirtschaftswachstum zu finden. Diesbezüglich hat die EU Kommission Ende November ihren bemerkenswerten „Jahreswachstumsbericht 2012“ vorgelegt (KOM(2011)815 endg), dessen Anhang sich mit den Themen einer wachstumsfreundlichen Steuerpolitik in den Mitgliedstaaten und einer besseren Steuerkoordinierung in der EU beschäftigt. Dieser Bericht soll „die Zusammenarbeit im Steuerwesen zur Entwicklung effizienterer Steuersysteme weiter voranbringen und damit einen besseren und schnelleren Weg aus der Krise weisen“. Er widmet sich dabei ua den Themen einer wachstumsfreundlichen Steuerstruktur, einer Verbreitung der Bemessungsgrundlagen, der besseren Ausgestaltung einzel-

ner Steuern und der Steuerkoordinierung, insb im Hinblick auf schädliche Steuerpraktiken sowie Betrugskämpfung und Steuerhinterziehung.

„Verwaltungsreform 2011“. Dass auch ausgabenseitig durchaus Potential besteht, hat der Rechnungshof Anfang Dezember durch sein – mittlerweile drittes – Positionspapier zur Verwaltungsreform eindrucksvoll aufgezeigt (Reihe 1/2011). In seinem mehr als 300 Seiten starken Bericht macht der Rechnungshof 599 konkrete Vorschläge, um die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen, die Qualität zu verbessern und die Bürgernähe auszubauen und damit auch die notwendigen Einsparungen zu erreichen.

„Paying Taxes“. Auch die jüngst veröffentlichte Studie „Paying Taxes 2011“, die von der Weltbank, der International Finance Corporation und PwC erstellt wurde, zeigt erheblichen Verbesserungsbedarf: Für 183 Volkswirtschaften wurden dabei anhand standardisierter Fallstudien die Kriterien der Anzahl, Häufigkeit und Art der Steuerzahlungen, der erforderlichen Zeit zur Vorbereitung, Erklärung und Zahlung drei „großer“ Steuern und der Gesamtabgabenbelastung von Unternehmen ermittelt. Österreich schneidet äußerst schlecht ab: Hinsichtlich der Steuerzahlungen belegt es Platz 80, hinsichtlich des Zeitfaktors Platz 59 und hinsichtlich der Gesamtabgabenbelastung Platz 148, was im Gesamtranking den 104. von insgesamt 183 Plätzen ergibt. Deutschland belegt demgegenüber Platz 88, die Schweiz gar Platz 16. Es besteht also noch Luft nach oben ...